

Zeitschrift: Der neue schweizerische Republikaner
Herausgeber: Escher; Usteri
Band: 3 (1800-1801)

Rubrik: Gesetzgebender Rath

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der neue Schweizerische Republikaner.

Herausgegeben von Escher und Usteri.

Dienstag, den 24 Febr. 1801.

Viertes Quartal.

Den 5 Ventose IX.

Gesetzgebender Rath, 29. Jan.

(Fortsetzung.)

Botschaft an den Vollz. Rath.

B. Vollz. Räthe! Auf angehörtes Befinden der Finanzcommission über das Resultat derjenigen Berathung, welche dieselbe neuerlich mit etwelchen Mitgliedern des Vollz. Rathes über die wichtige Frage gepflogen hat: „Welches die besten Mittel seyn dürften, den bedenklichen Rückstand der helvetischen Geistlichkeit mit möglichster Beschleunigung zu tilgen?“ gehen die Gesinnungen des gesetzg. Rathes dahin: Daß so, wie von der vorigen Gesetzgebung, unterm 13. Dec. 1799 gesetzlich verfügt worden ist, das Produkt des Grundzins-Ersatzes für die Jahre 1798 und 99 einzig und ausschließlich an die Deckung jenes Rückstandes zu verwenden, dieses allerdings mit dem nunmehr zu erhebenden Grundzins für das J. 1800 ebenfalls, und zwar mit mehrerer Pünktlichkeit geschehen soll, als solches bekanntermaßen bey dem Bezug und der Anwendung der genannten vorjährigen Gefälle eben nicht durchgängig beobachtet wurde.

Der gesetzg. Rath ladet Sie, B. V. R., daher ein, einerseits allen denjenigen untergeordneten Stellen, welche sich mit diesem Gegenstande zu befassen haben, die dießfälligen genauesten Befehle zugehen zu lassen, und andererseits bey der Vertheilung dieser und aller andern Quellen, welche se zu Erfüllung jenes wichtigen Zweckes noch offen stehen, dem wahren Geist und Sinne des angezogenen Gesetzes vom 13. Dec. 1799 gemäß, Ihre Aufmerksamkeit vorzüglich auf die Geistlichkeit derjenigen Cantone zu richten, deren Rückstand einwillen noch der größte ist.

Folgende Botschaft wird verlesen und an die Finanzcommission gewiesen:

B. G. Der Vollz. Rath übersendet Ihnen hiebey die Verbalprozesse der öffentlichen Versteigerungen von Nationalgütern, die in den Distrikten Reisthal, Lausane, Milden, Oron, Orbe, Grandson und Morsee Cant. Leman, vorgenommen worden, und deren Ratification von der dortigen Verwaltungskammer und dem Finanzministerium vorgeschlagen wird. Der Vollz. Rath unterstützt diesen Vorschlag und ladet Sie ein, B. G., den Ratificationsakt am Ende von jedem Verbalprozeß einzutragen.

Die Unterrichtscommission erstattet folgenden Bericht, der für 3 Tage auf den Kanzleytisch gelegt wird:

Der Vollz. Rath macht Ihnen B. G. durch eine Botschaft von 7. Januar d. J. den Vorschlag, dem Capuziner Phil. Maria Bianchi von Lugano, eine Aussteuer von 56 Louisd'or zu bewilligen, die er in Folge des Gesetzes vom 4. May 1799 zu erhalten wünscht, und mittelst deren er das Kloster verlassen würde.

Eure Unterrichtscommission findet, daß da der Geist des erwähnten Gesetzes unstreitig dahin gieng, den Austritt der Geistlichen aus den Klöstern zu erleichtern, indem die ihnen zu gebende Aussteuer es möglich machen sollte, daß sie sich außer dem Kloster einrichten und ihren Lebensunterhalt gewinnen; so müsse dieser Endzweck ganz besonders seine Anwendung bey denjenigen Orden finden, die nichts besitzen, wie es der Capuziner Fall ist: solchen Ordensleuten würde es am allerwenigsten möglich seyn, ohne Unterstützung des Staats ihre Klöster zu verlassen.

Es ist auch wohl gerecht und billig, daß der Staat den überflüssigen Reichthum, welchen er den einen, Ordensgeistlichen abzunehmen sich berechtigt glaubte

zur Unterstützung der Armuth ihrer bedürftigen Brüder, wo es nöthig ist, anwende.

Wenn die Commission dann ferner findet, die Bildung und der Unterricht des Volkes können — wenigstens negativ — nicht anders als gewinnen, wenn die Häuser der Capuziner sich allmählig zu entvölkern anfangen; und wann sie in dem Phil. Maria Bianchi ein erstes Beispiel des freiwilligen Austrittes aus dem Capuzinerorden, seitdem das Gesetz über diesen Gegenstand vorhanden ist, wahrnimmt; wann sie aus den beyliegenden Aktenstücken ersieht, daß der Vater Bianchi sich durch Gesundheitsumstände für unfähig erklärt, einen Pfarrerdienst annehmen zu können; und wann endlich die Summe der 56 Louisdor als Aussteuer nicht sehr beträchtlich ist, so schlägt sie Euch B. G. vor, den Antrag der Vollziehung zum Dekret zu erheben.

D e k r e t.

Der gesetzg. Rath — Auf die Botschaft des Vollz. Rathes vom 7. Jenner 1801, wodurch derselbe, dem Gesetz vom 4. May 1799 zufolge, eine mit dem Capuziner Phil. Maria Bianchi von Lugano, der das Ordenskleid ablegen und das Kloster verlassen will, getroffene Uebereinkunft zur Sanction vorlegt — und nach angehörtem Bericht seiner Unterrichtscommission; verordnet:

Die Uebereinkunft, kraft welcher der Capuziner Phil. Maria Bianchi von Lugano, eine Aussteuer von achthundert sechs und neunzig Franken erhalten soll, ist bestätigt.

Die gleiche Commission erstattet einen Bericht über die Vereinigung von Höchstetten mit Koppigen, der für 3 Tage auf den Kanzlentisch gelegt wird.

Die Civilgesetzgebungs-Commission erstattet einen Bericht über das Befinden der Vollziehung, den Dekretsvorschlag die Revisionen im C. Sentis betreffend, und rath, den Gesetzworschlag mit abgeänderten Erwägungsgründen zum Dekret zu erheben.

Die 2te Discussion wird vertaget.

Die gleiche Commission legt folgenden Gesetzworschlag vor, dessen Behandlung vertaget wird:

Der gesetzg. Rath — In Erwägung, daß die über die Cassation der Civilrechtshandel festgesetzte Organisation nach der bisher gemachten Erfahrung den Prozeßgang sehr kostspielig und langwierig macht;

In Erwägung, daß eine gänzliche Abänderung dieser Organisation in den gegenwärtigen Umständen jene Vortheile nicht gewähren dürfte, die man dadurch

erzielen möchte, weil dieselbe bey einer zukünftigen Verfassung erst bestimmt werden kann, und es daher zweckmäßiger ist, in jener Organisation nur dasjenige abzuändern, was in derselben durch eine längere Erfahrung fehlerhaft befunden worden;

b e s c h l i e ß t:

1. Der 56ste §. des 5ten Titels der Organisation des obersten Gerichtshofs, in dem Gesetz vom 4. Jan. 1799, in Betreff der über die Cassation eines Cantonsgerichtlichen Urtheils darinn enthaltenen Verfügungen, wird dahin abgeändert, daß eine solche Prozedur, anstatt vor das Suppleantengericht, an das nächstgelegene Cantonsgericht gewiesen werden muß.
2. Ein nachfolgendes Gesetz wird die Ordnung bestimmen, nach welcher diese Verweisung von einem Cantonsgericht an das andere geschehen soll.
3. Es hat beym zweyten Cantonsgericht keine persönliche Erscheinung der Partheyen oder ihrer Anwälde statt. Die Prozedur ist also nicht den Partheyen, sondern der Gerichtschreiberey desjenigen Cantonsgerichts, dessen Urtheil cassirt worden, zu stellen, welche den Partheyen davon sogleich Anzeige geben lassen muß.
4. Die um die Cassation eingekommene Parthey muß sich innert 10 Tagen, vom Tage der ihr geschehenen Bekanntmachung der Cassation an gerechnet, beym Präsident desjenigen Cantonsgerichts, dessen Urtheil cassirt worden, erklären, ob sie von dem Proceß abstehe oder denselben fortsetzen wolle?
5. In diesem letztern Fall muß innert 10 Tagen, vom Tag dieser erhaltenen Erklärung an gerechnet, die vom Obergerichtshof erhaltne Prozedur und beigelegte Acta an das ernannte Cantonsgericht, von der Gerichtschreiberey jenes ersten Cantonsgerichts eingesendet werden.
6. Ueber das von dem zweyten Cantonsgericht ausgesprochne Urtheil findet keine Weitersziehung weder im Weg der Appellation noch der Cassation statt, und es ist hiemit das Gesetz vom 20. Hornung 1800 mit Ausnahm der 4 ersten §§. gänzlich aufgehoben.
7. Jeder, welcher ein Cassationsbegehren einreicht, muß 50 Fr. beym Präsident desjenigen Gerichts, über dessen Urtheil er Cassation begehrt, hinterlegen. Diese Summe wird zu Hnden des Staates bezogen, wenn der oberste Gerichtshof erkennt, daß das Cassationsbegehren nicht zulässig sey: doch

kann in einem solchen Fall der oberste Gerichtshof der Parthen den Regress auf den gebrauchten Advokat nach Beschaffenheit der Umstände eröffnen.

8. Wenn ein Cassationsbegehren augenscheinlich muthwillige Trölsucht oder strafbare Absichten verrathet, so soll nebst der im vorigen §. angezeigten Straffe, noch jene weitere im 37. §. des 4ten Titels der Organisation enthaltne Straffe Platz finden.
9. Von der im 7. §. dieses gegenwärtigen Gesetzes geforderten Hinterlage sind diejenigen, welche das Recht der Armen genießen und jene Fälle, in welchen im Namen des Staates recurriert wird, ausgenommen.
10. Das Gesetz vom 13. May 1800, welches eine Erläuterung des obigen 56. §. enthält, ist mit Ausnahme des 4. §. gänzlich aufgehoben.
11. Alle über ein cantonsgerichtliches Urtheil, auch vor Bekanntmachung dieses Gesetzes, anhängig gemachte erste Cassationsbegehren sollen nach diesem gegenwärtigen Gesetz behandelt werden; so wie auf der andern Seite in Rücksicht der über ein Suppleantengerichtliches Urtheil nachgesuchten oder nachzusuchenden Cassationsbegehren nach dem Gesetz vom 20. Hornung 1800 sich zu verhalten ist.
12. Gegenwärtiges Gesetz soll gedruckt und an gewohnten Orten angeschlagen werden.

Die Minderheit der Commission, indem sie die Abschaffung der Schiedsrichtertribunale annimmt, trägt an, daß die Streitigkeiten, über welche ein Cassationsurtheil ergangen sey, dem endlichen Entscheid der Suppleanten des Cantonsgerichts, dessen Urtheil cassirt worden ist, unterworfen werden.

Die Petitionencommission berichtet über folgende Gegenstände:

1. Die Brandbeschädigten von Chateau d'Or biten um Nachlaß ihrer zu entrichtenden Handelsabgaben. Wird an die Vollziehung gewiesen.

2. B. Pfenniger, Müller in Büren, Canton Luzern, stellt vor, daß er im J. 1791 von der ehemaligen Luzerner Regierung eine Mühle erkaufte, auf die sie einen Bodenzins von 26 Mütt Kernen legte, dagegen aber derselben ein Zwangsrecht auf einen gewissen Bezirk ertheilte. Ungeachtet nun das Zwangsrecht seiner Mühle durch die Constitution und die Gesetze abgeschafft, und ihm dafür jede Entschädigung abgesprochen worden sey, so iedennoch werde ihm von der Verwaltungskammer zu Luzern der ganze Bodenzins ab-

gefordert. Da ihm offenbar Entschädniß für sein ihm von dem Staat verkaufted Zwangsrecht gebühre, so bittet er, daß der gesetzgebende Rath in Anerkennung des Grundsatzes, daß ihm als benachtheiligten Käufer, ein Recht auf Schadloshaltung zustehe, die Ausmittlung derselben der vollziehenden Gewalt übertragen, und er indessen von aller Pflicht der Bezahlung der vorgemeldten Bodenzinse enthoben werden möchte.

An die Finanzcommission gewiesen.

3. B. Peter Adam von Oberdorf, stellt vor, er habe noch unter dem Gesetz vom 19. Okt. und dem Directorial. Beschluß vom 3. Dec. 1798, und in Befolgung desselben Vorschriften, von der Verwaltungskammer des Cantons Solothurn die Bewilligung eine Mühle zu errichten, erhalten, und demzufolg wirklich mit dem Bau deeselben und allen übrigen Anstalten angefangen, und sey darinn auch ziemlich fortgerückt.

Nach Erscheinung des Gesetzes vom 9. Okt. 1800, sey von einigen Mühlbesitzern, die allbereits vorhin Einwendungen gemacht hätten, eine Revision anbegehrt und ein zweyter Augenschein veranstaltet worden, der aber ebenfalls zu Gunsten des Petenten ausgefallen sey.

Nichtsdestoweniger, und ungeachtet sein Begehren eine Mühle zu bauen, von seiner und mehreren benachbarten Gemeinden unterstützt sey, habe der Vollz. Rath den 15. Jenner 1801, durch einen Beschluß, die Concession der Verwaltungskammer von Solothurn zurückgenommen, und den Petenten in seinem Begehren abgewiesen.

Der Petent Adam, dessen Bittschrift von 15 Bervlagen begleitet ist, verlangt Aufhebung dieses Beschlusses des Vollz. Rathes. — An die Polizei-Com. gewiesen.

4. Das Insurrektionsfieber hatte, wie bekannt, im Frühjahr 1799 auch mehrere Gegenden im Canton Oberland ergriffen; die einen mußten mit bewaffneter Hand zur Ruhe gebracht werden, die andern hingegen sahen auf die Vorstellungen einiger Vernünftigen zu, ihnen, die Thorheit eines solchen Wagnisses sogleich ein und kehrten den nemlichen Tag, wo sie sich bewaffnet versammelt hatten, wieder, ohne einigen Auszug zu verüben, nach Haus. (Die Forts. folgt.)

Kleine Schriften.

- x. Sendschreiben an die Kirchgemeinde in Bern. 8. Bern, b. Stämpfli 1800. S. 13. (Unterschriften: Joh. Jth, Decan. David Müllin, oberster Helfer. Fr. Ludwig Stephant, zweyter Helfer.)